

2A16 5387

BStU

000001

STRENG GEHEIM

N o t i z

Über ein Besprechung des Genossen Minister mit dem Leiter der
V. Verwaltung des KfS der UdSSR - Genossen Generalleutnant
ABRAMOW - am 26. 9. 1987 im MfS

Teilnehmer

seitens des KfS:

Generalmajor TITOW
Leiter der Vertretung des KfS

Oberst NIKOLSKI
Verbindungsoffizier

seitens des MfS:

Generaloberst MITTIG
Generalmajor KIENBERG
Generalmajor DAMM
Oberstlttn. SALEVSKY (Dolmetscher)

Genosse Mielke: Begrüßung. Bitte auch Grüße an die anderen, nicht anwesenden, Genossen zu übermitteln.

Ich habe mich mit den Problemen vertraut gemacht, die in den beiden Gruppen besprochen wurden.

Genosse ABRAMOW: Vielen Dank für die Grüße.

Gen. Mielke: Ich bitte Genossen ABRAMOW, einige Ausführungen zu den Problemen zu machen, die er glaubt, uns wissen zu lassen. Dann werde ich kurz einige Gedanken äußern, obgleich gerade diese Probleme mehr Zeit brauchten. Aber wir müssen die Startzeit des Flugzeuges beachten.

Genosse Abramow: Vor allem möchte ich danken für die große Gastfreundschaft und für das Treffen mit Ihnen. Am Sonntag, vor dem Abflug, hatte ich ein Treffen mit Viktor Michailowitsch. Er beauftragte mich, warme, herzliche und freundschaftliche Grüße zu übermitteln. Er "umarmt Sie". Das ist keine Schmeichelei. Genosse Bobkow läßt ebenfalls sehr herzliche Grüße übermitteln.

Genosse Mielke: Vielen Dank.

Genosse Abramow: Zu den anstehenden Problemen (unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Zeit). Unsere beiderseitige Meinung ist, daß nicht nur das jetzige Treffen sehr nützlich war, sondern auch daß unsere Zusammenarbeit in der letzten Zeit immer gegenständlicher und nützlicher war.

Deshalb konnten wir heute über konkrete Maßnahmen sprechen, die wir mit der HA XX unter Beteiligung von anderen Dienst-einheiten des MfS durchgeführt haben.

Wir beginnen jetzt schon, Agenturen an den Gegner gemeinsam anzuschleusen, die in unsere Länder eindringen, besonders auf Kirchenlinie.

Besonderen Dank möchte ich sagen für die rechtzeitige Information über die gegen unseren Mitarbeiter im Zusammenhang mit einem Doppelagenten vorbereitete Aktion in Westberlin. Wenn wir nicht Ihre Angaben gehabt hätten, dann wäre dies eine außer-ordentliche Provokation geworden.

Deshalb danke ich besonders dafür.

Wir haben, wie Genosse Mittag Ihnen sicher berichtet hat, vereinbart, in konkreten und gegenständlichen Fragen die Zusammenarbeit weiter zu entwickeln. Wir messen der bevorstehenden multi-lateralen Beratung in Berlin große Bedeutung bei. Wir meinen, daß dies ein Treffen unter neuen Bedingungen der internationalen Lage und auch unter neuen politischen und operativen Bedingungen in den sozialistischen Ländern ist.

Wahrscheinlich müssen wir uns gemeinsam gründlich auf dieses Treffen vorbereiten, ohne die Bedeutung der vorangegangenen Treffen schmälern zu wollen. Aber die neuen Methoden des Gegners, die neuen Erkenntnisse, die wir gewonnen haben, erfordern die Ausarbeitung eines neuen Herangehens, einer neuen Taktik unserer Tätigkeit.

Ein weiterer Punkt.

Im Prozeß des Informationsaustausches zur operativen Lage und die Aktivitäten des Gegners sind wir zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die praktischen Formen der Tätigkeit des Gegners ähnlich sind.

Zweifellos sind Sie gut informiert über die Lage bei uns. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einige Momente eingehen, mit denen wir jetzt konfrontiert sind und die im bestimmten Maße mit dem Prozeß der "Umgestaltung", der "Glasnost", der "Demokratisierung" und der "Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit" zusammenhängen.

Ich möchte nicht viel dazu sagen, was die politische Seite anbelangt, sondern nur betonen, daß die "Umgestaltung" selbst nicht so leicht und einfach vonstatten geht.

Es tauchen Fragen auf, die wir vielleicht am Anfang nicht bis zu Ende gesehen haben. Es treten neue Probleme auf im Zusammenhang mit vielen Fragen, die wir zu lösen haben.

Man könnte sie schematisch einfach aufzählen. Wir haben z. B. die Staatliche Abnahmekontrolle eingeführt. In einigen Betrieben hat dies dazu geführt, daß die Löhne gesunken sind. Dies wird nicht von allen begrüßt. Deshalb steht vor den Organen der Staatssicherheit die Aufgabe, nicht zu übersehen bzw. rechtzeitig festzustellen, wenn sich aus diesen Gründen antigesellschaftliche Erscheinungen entwickeln.

Jetzt gibt es Veränderungen in der Preisbildung. Ebenso wie mit der Staatlichen Abnahme tauchen dabei einige Fragen und Probleme auf.

Oder was unmittelbar unsere Tätigkeit betrifft, ist, daß sich zur Zeit Organisationen, Gruppierungen, Vereinigungen bestimmter Personenkreise entwickeln, die aus "eigener Initiative" geschaffen werden.

Im Prinzip entwickelte sich dies, als wir die Frage der Einführung der Elemente der Selbstverwaltung aufgeworfen haben, um eine aktive Beteiligung der Bevölkerung zur Lösung politischer, staatlicher Probleme zu erreichen.

Herausgekommen ist, daß einzelne "Demagogen", "politische Spekulanten" und einfach feindliche Elemente, inspiriert und unterstützt von westlichen Kreisen versuchen, dies auszunutzen, um diese "Vereinigungen" gegen die Partei, gegen die Gesellschaft auszurichten, d. h. zu sagen; "sie seien unabhängig". Der Gegner stellt die Aufgabe, auf dieser Grundlage irgendeine neue Partei zu schaffen. Uns liegen darüber Informationen seitens einzelner subversiver Zentren und westlicher Korrespondenten vor. Wir haben ein Dokument, eine Anweisung der USA-Botschaft darüber, daß diese informellen Vereinigungen für das Eindringen in den Partei-, Staats- und gesellschaftlichen Apparat genutzt werden sollen.

Wie ist das reale Bild?

Es haben sich zwei Gruppen dieser Art von Organisationen gebildet.

Die erste Gruppe wurde im Grunde genommen von solchen "politischen Demagogen" geschaffen.

Das anschaulichste Beispiel ist die Gesellschaft "Pamjat". Am Anfang gebildet von Vertretern der Literatur, der Kunst u. ä. Ehrliche Menschen, "Kämpfer" für die Erhaltung historischer Bauten, Denkmäler und die Umwelt. Aber dann haben "Abenteurer" vom Typ eines Wassiljew begonnen, diese Vereinigung in eine extremistische, chauvinistische Organisation umzuwandeln. Sie haben Fragen der Diskreditierung der Führung der Partei und des Staates gestellt, propagieren die "Aussichtslosigkeit" der Politik der KPdSU, lehnen die Kontrolle der Partei über die Massenmedien ab und treten für die Schaffung einer eigenen propagandistischen Basis auf. Andere, die mit ihrer Tätigkeit nicht einverstanden sind, werden terrorisiert. Sie stellen Machtansprüche und eignen sich die Rolle einer über der Partei, über dem Staat stehenden Organisation an entsprechend dem Modell der polnischen "Solidarnosc". Ihre Rezepte der Konfrontation, der Repression gegen Andersdenkende erinnern an die Methoden des NTS.

In der letzten Zeit sind sie so weit gegangen, daß sie diese Tätigkeit fortsetzen wollen "koste es, was es will!". Den Genossen Andropow und Suslow werfen sie vor, einer jüdischen Freimaurerloge angehört zu haben. Ebenso seien einige der heute führenden Genossen dieser Loge zuzurechnen.

Gen. Mielke: Ich habe diese Artikel gelesen (Prawda und Iswestija). Der Korrespondent schrieb auch über die "Vorstellung" auf dem Manegeplatz.

Gen. Abramow: Das ist eine offen extremistische und chauvinistische Tätigkeit. Es gibt noch eine andere Gruppe dieser chauvinistischen Ausprägung.

Dazu kommt eine zionistische Organisation unter der Bezeichnung "Bürger Israels, die zeitweilig in der UdSSR wohnhaft sind", d. h. diejenigen, denen aus Sicherheitsgründen die Ausreise aus der SU nicht gestattet wird. Sie trägt ebenfalls extremistischen Charakter.

Es gibt eine weitere Gruppe, die mit pazifistischen Losungen arbeitet. Dort sind verschiedene Leute drin. Im Westen werden sie breit propagiert. Der Gegner versucht, sich auf sie zu stützen.

Alle diese Organisationen versuchten in der letzten Zeit, Straßendemonstrationen durchzuführen, was früher bei uns nicht war. Des weiteren versuchen sie, in Wohnungen Pressekonferenzen durchzuführen bzw. Hungerstreiks zu organisieren.

Kürzlich war eine solche Demonstration jüdischer Extremisten im "Park der Freundschaft", die gegen angeblichen Antisemitismus protestierten. Ebenso kam es zu einer Demonstration der 2. Gruppe auf dem Arbat, die zwar von der Öffentlichkeit gebildet wurde, in deren Führung jedoch antigesellschaftliche Elemente eingedrungen sind.

Wir beziehen jetzt im größeren Maße die Öffentlichkeit ein, um gegen solche Erscheinungen vorzugehen. Im ZK werden diese Fragen konkret erörtert.

Als die Krimtataren versuchten, auf den Roten Platz vorzudringen und Selbstverbrennungen (Kandidaten waren vorbereitet) zu inszenieren, hat Gen. Gorbatschow persönlich die Verhaltenslinie festgelegt. Nach entsprechender Warnung wurden sie physisch aus Moskau weggebracht.

Wir haben eine Staatliche Kommission gebildet, die dieses Problem weiter prüft.

Wahrscheinlich werden wir auf der Krim keine Autonomie zulassen. Vorläufig ist die Situation so.

Bei der Demonstration im "Park der Freundschaft" hat Gen. Ligatschow die Verhaltenslinie festgelegt, da Gen. Gorbatschow bereits im Urlaub war.

Vor allem wurde das Moskauer Parteiaktiv einbezogen. Unter Leitung des 2. Sekretärs wurde ein Koordinierungsrat gebildet. Dazu gehören der Leiter der Moskauer Verwaltung des KfS, der Leiter der Gebietsverwaltung des MdI, der Gebietsstaatsanwalt sowie Vertreter der Moskauer Partei- und Staatsorgane sowie des Komsomol. Wenn solche öffentlichen Aktionen auftreten, legt diese Kommission die entsprechenden Maßnahmen zur Unterbindung derartiger Aktionen fest, insbesondere vorbeugende Maßnahmen. Im Fall von Verstößen gegen die Gesetzlichkeit erfolgen Festnahmen. Der Staatsanwalt gibt sofort die Zustimmung. In der Regel werden sie dem Stab der freiwilligen Helfer der Miliz zugeführt und mehrstündige Gespräche mit ihnen geführt. Wenn wir rechtzeitig (1 Woche oder bis zu 10 Tagen) Kenntnis von einer solchen Aktion erhalten, bringen wir in der zentralen Presse, aber vor allem in der Moskauer Presse, entsprechende Veröffentlichungen, daß zu dem betreffenden Termin durch ausländische Korrespondenten aufgehetzte Elemente eine subversive Demonstration bzw. Aktion vorbereiten. Dies hält in der Regel Ausländer von der Teilnahme ab. Des weiteren instruieren wir unsere Agenturen, darauf hinzuwirken, daß die Organisatoren auf die Durchführung der Aktion verzichten. Die zuletzt geplante Aktion am 3. 9. 1987 im "Park der Freundschaft" wurde damit verhindert.

An den konkreten Örtlichkeiten beziehen wir die Öffentlichkeit ein und diese äußert ihre Empörung gegenüber diesen Teilnehmern. Sie wenden sich an die Miliz mit der Forderung, wenn ihr nicht eingreift, dann lösen wir die Sache selbständig. Darauf fordert die Miliz auf, auseinander zu gehen. Wenn dies nicht befolgt wird, erfolgt die Zuführung.

In der letzten Zeit wurden von den Sowjets in Moskau und Leningrad entsprechende Anordnungen über die Durchführung von Demonstrationen erlassen. Darin ist festgelegt, daß gemäß Artikel 54 der Verfassung alles, was den Interessen des Staates, des Sozialismus und der Gesellschaft widerspricht, nicht gestattet wird und die Rechtsverletzer die Verantwortung zu tragen haben.

Als kürzlich die Familie Ch. im MfAA demonstrativ die Ausreisegenehmigung nach Israel forderte, wurde sie aufgefordert, die Genehmigung für die Demonstration vorzuweisen. Wenn keine Genehmigung vorliegt, müßt ihr auseinandergehen. Der Vater hat dagegen protestiert.

Er wurde bestraft und dann wieder auf freien Fuß gesetzt. Ebenso wurde auf dem Arbat gehandelt bei der "Gruppe zur Herstellung des Vertrauens zwischen den USA und der UdSSR". Der Staatsanwalt wurde hinzugezogen. Einer wurde mit einer Geldstrafe belegt, zwei wurden verwarnt.

Danach hat die "Deutsche Welle" eine Meldung veröffentlicht, daß dort 100 Personen verhaftet wurden. Sofort wurde über TASS eine Auslandsinformation gegeben, daß dies eine bewußte Verleumdung des Senders "Deutsche Welle" ist und daß diese Meldung die Herstellung guter Beziehungen zwischen den Völkern stört. Manchmal wenden sie auch solche Methoden an, wie der aus dem Strafvollzug entlassene Jakunin. Dieser hatte beschlossen, ein Dokument herauszugeben mit verleumderischen Forderungen, wie Aufhebung aller Gesetze über die Religion und den Zugang zur Kirche, zu den Massenmedien. Dazu haben wir hohe geistliche Würdenträger aufgefordert, Stellung zu nehmen, eine Pressekonferenz zu geben zur Entlarvung der Forderung Jakunins und zur Abgabe einer Erklärung, wie die Kirchenführung zu diesen Forderungen steht.

In dieser Gruppe mit jüdischer Nationalität haben sich ca. 10.000 Personen vereinigt, denen die Ausreise nach Israel verweigert wird.

Diese Frage wurde lange diskutiert. Es wurde beschlossen, bis Ende des Jahres einen Teil dieser Gruppe, denen bisher die Ausreise verweigert wurde und die direkte verwandtschaftliche Beziehungen haben, die Ausreise zu gestatten. Dies sind innere Feinde. Die Geheimnisträger bleiben, solange die Geheimnisse bestehen. Von Zeit zu Zeit werden bestimmte Geheimnisse überprüft.

Gen. Mielke: Alle Geheimnisse bleiben nicht geheim.

Gen. Abramow: Natürlich. 126 Personen haben wir schon überprüft. Einigen wurde bereits die Ausreise gestattet (Begun).

Gen. Mielke: Und die Nudel?

Gen. Abramow: Die behalten wir!

Gen. Mielke: Was Geheimnis ist, hängt immer davon ab, wer dies bearbeitet. Wenn er ein guter Kommunist ist, sagt er, die weiß zuviel. Aber der Feind weiß alles. Mehr will ich nicht sagen, da die Position geändert wird. Man sollte nicht soviel von Geheimnisträgern sprechen und dann keine anbieten, um unsere Kämpfer, unsere Agenturen freizukämpfen. Nicht, daß wir immer nur geben müssen.

Gen. Abramow: Ich habe mit Krjutschkow und Kirpitschenko gesprochen. Wenn die Freunde es für den Austausch für notwendig halten, dann halten wir eine bestimmte Zahl von Leuten.

Gen. Mielke: Sie müssen wissen, wer ist dies, was stellen sie dar.

Gen. Abramow: Das sagen wir.

Dies ist das Problem des jüdischen Extremismus. Wir sind uns klar, daß dieses Problem noch lange sein wird. Jetzt schürt der Feind besonders den Antisemitismus, um einen Teil der jüdischen Bevölkerung zur Ausreise zu drängen.

Man ist interessiert daran, daß repressive Maßnahmen ergriffen werden. Sie wissen, daß wir nationalistische Kundgebungen in Alma Ata und in Jakutien hatten. Aber in Alma Ata war es eine ernste Sache. Jetzt wurden einige Dutzend Leute verurteilt, darunter wegen der Ermordung eines Mitarbeiters des Staatlichen Rundfunk- und Fernsehkomitees. Verurteilt wurde der Dekan einer Fakultät, der Komsomolsekretär einer Fakultät sowie einige andere, die aufgewiegelt hatten. Viele wurden aus dem Komsomol und den Hochschuleinrichtungen ausgeschlossen. Außer der Erziehungsarbeit der Parteiorgane Kasachstans wurde diese Frage im Kollegium des KfS behandelt.

Diese Hauptfragen wurden gestellt:

1. Es gilt, den IM-Apparat aus den Kreisen der nationalen Bevölkerung und besonders der Jugendlichen zu stärken.
2. Die ausgeschlossenen Personen sind unter operativer Kontrolle zu halten. Sie sind auf die ganze Republik verstreut.

Gen. Mielke: Alles schön. Aber die Leute sind ja noch da. Sie leben weiter. Ein sehr kompliziertes ideologisches Problem. Auch wenn sie ganz beruhigt in ihre Heimatorte zurückgehen, wirken sie weiter.

Gen. Abramow: Zweifellos. Ein bestimmter Teil unterliegt noch bestimmten Einflüssen.

Gen. Mielke: Deshalb ist es richtig, sie besonders zu erziehen und in das gesellschaftliche Leben einzubeziehen. Sie fahren hin und her und sind schwer unter Kontrolle zu halten. Dies ist sehr schwierig. Die SU ist ein großes Land.

Gen. Abramow: Ein paar Worte zu den Personen, die wir begnadigt haben und aus dem Strafvollzug entlassen haben. Es ist keine Amnestie, sondern Begnadigung. Es sind ungefähr 200 Personen, die wegen antisowjetischer Tätigkeit verurteilt wurden. Rückfalltäter und solche, die sich geweigert haben, eine entsprechende Erklärung zu unterschreiben, sind im Strafvollzug geblieben (nicht mehr als 20 Personen).

10 wurden in den Westen geschickt. Ein bestimmter Teil der Begnadigten bemüht sich, zu leben und auch zu arbeiten. Aber ein bestimmter Teil versucht, in Moskau, Leningrad, in den baltischen Republiken und in der Ukraine die Feindschaft wieder aufzunehmen. Einige haben die Absicht, eine Zeitung mit der Bezeichnung "Glasnost" herauszugeben. Einer hat in der Ukraine versucht, mit ukrainischen Nationalisten die Verbindung wieder aufzunehmen.

Über die Ereignisse am 23. 8. 1987 in den baltischen Republiken sind Sie informiert. An der Spitze der Organisation, die Inspiratoren, standen Personen, die in der Vergangenheit wegen besonders gefährlicher Staatsverbrechen verurteilt waren. Die örtlichen Sicherheitsorgane wurden vom Genossen Tschebrikow schriftlich angewiesen, diese Personenkategorie unter operative Kontrolle zu nehmen. Bei Wiederaufnahme der feindlichen Tätigkeit sind sie in operativen Vorgängen zu bearbeiten. Dabei sind die Öffentlichkeit, die Arbeitskollektive einzubeziehen.

Was konkrete feindliche Aktionen dieser entlassenen Personen betrifft, werden darüber Presseveröffentlichungen verbreitet. Wir haben klargemacht, daß dies keine politischen Gefangenen, sondern kriminelle Elemente sind (Spekulanten, Rowdytum). Dies stellen wir in den Vordergrund, um zu zeigen, wer sie eigentlich sind. Vorläufig nehmen wir Abstand, sie strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Wir haben vorläufig noch keine beweiskräftigen Dokumente, daß sie organisiert anti-sowjetische Tätigkeit betreiben.

Gen. Ligatschow hat sich vor kurzem mit Vertretern der Massenmedien getroffen. Er hat direkt gesagt, daß den, der die Gesetze verletzt, die Schärfe des Gesetzes trifft.

Gen. Mielke: Er hat noch besseres gesagt. Daß man nicht alles veröffentlichen soll. Die Redaktionskollektive müssen ihre Verantwortung erhöhen und nicht, daß solche Sachen veröffentlicht werden.

Gen. Abramow: Wir haben Probleme mit der Religion. Im nächsten Jahr stehen die Feierlichkeiten zur 1000jährigen Christianisierung Rußlands an. Der Papst will schon lange kommen. Wir haben nicht vor, ihn hereinzulassen.

Es gibt Fragen der Bekämpfung des Terrorismus. Es gibt einige Probleme mit der künstlerischen Intelligenz, besonders mit einigen Publikationen. Es gibt Hinweise zu einigen Journalisten, die über alle Stränge schlagen und versuchen, die gesamte Geschichte der SU zu verleumden (zitiert Auszüge aus der Rede des Gen. Ligatschow!).

Dieses Treffen des Gen. Ligatschow wurde einberufen wegen eines Nachrufs zu Nekrassow, der in den Westen gegangen war, in der Moskauer "Novosti".

Gen. Ligatschow hat gesagt: In einer Reihe von Publikationen wird ein verzerrtes Bild der 30er Jahre gegeben. Er erinnerte daran, daß Gen. Gorbatschow schon einige Warnungen gegeben habe im Namen des Politbüros. Die Tätigkeit der Presse im Rahmen der Umgestaltung wird hoch eingeschätzt. Sie führt den Kampf gegen Gleichmacherei, für Kritik und Selbstkritik. Alle Versuche, Kritik abzuwürgen, werden zurückgewiesen. Ohne Kritik werden wir die Umgestaltung nicht lösen.

Einige Genossen sind steckengeblieben. Über die Periode der 30er Jahre, der Periode der Industrialisierung und der Kollektivierung schreiben sie nur von Fehlern. Das führt zur Kritik an Lenin. Die Einschätzung und die Darstellung dieser historischen Periode wird im Jubiläumsreferat des Gen. Gorbatschow gegeben. Dort wird alles richtig gestellt. In den 30er Jahren war ein echter Aufschwung der Kultur. Die nationale Frage wurde gelöst. Wenn jetzt einige ohne Schmerz und Leid darüber schreiben, dann entsteht der Eindruck, daß sie mit der Sowjetmacht abrechnen wollen.

Das ZK erhält sehr viele Briefe, worin sich die Leute empören über solche Veröffentlichungen.

Gen. Ligatschow hat weiter gesagt, daß sie eine antisowjetische Kampagne entfalten. Der Westen gibt Geld dazu. Es gibt Verfassungsbestimmungen, daß die Rechte und Freiheiten nicht genutzt werden dürfen zum Schaden des Sozialismus. Der Gegner versucht, die Stimmung der sowjetischen Bevölkerung zu beeinflussen und nutzt dabei die verschiedensten Mittel und Methoden.

Zur wirtschaftlichen Tätigkeit bemerkte Gen. Ligatschow: Wir müssen die Nebengewirtschaften in der Landwirtschaft weiter entwickeln. In den nächsten 2 - 3 Jahren soll der Bedarf an Kleingärten gedeckt werden. Es sollen Kredite mit entsprechender Rückzahlungszeit gegeben werden.

Gen. Ligatschow hat eine präzise und parteimäßige Einschätzung von der Position des ZK gegeben und praktisch die Fragen unterstrichen, die Gen. Tschebrikow in seinem Referat gegeben hat. U. a. zum Kampf gegen den Trotzismus, zur Einschätzung der Lage in den Medien usw.

Morgen ist eine Beratung im KfS mit leitenden Kadern der Zentrale und der örtlichen Organe. Ohne Diskussion. Gen. Bobkow wird im Zusammenhang mit dieser Situation, über die ich Sie informiert habe, sprechen. Vor allem wird er über diese informellen Vereinigungen sprechen.

Dies in Kürze zur Lage unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Zeit.

Gen. Mielke: Herzlichen Dank.

Die Probleme, zu deren Behandlung man mehr Zeit aufwenden müßte, zeigen Aspekte des Kampfes der sozialistischen Kräfte gegen die antisozialistischen Kräfte.

Die Lage ist wirklich kompliziert geworden und die Arbeit für die Staatssicherheit ist viel schwieriger geworden.

Als die ersten Signale von "Glasnost" und "Perestroika" kamen, habe ich die Genossen Schumilow und Titow schon aufmerksam gemacht, daß die feindlichen Zentren sich "Glasnost" und "Perestroika" sofort zu eigen machen werden, um unter dieser Flagge zu wirken. So ist dies bis zum heutigen Tag angewachsen. Die Sache ist deshalb sehr kompliziert.

Wir führen den Kampf um die Erhaltung des Friedens unter Führung der SU. Große Aktivitäten zeigen Gen. Gorbatschow und Gen. Schewardnadse (UNO). Unter dieser Flagge und des Kampfes um die Menschenrechte arbeitet aber auch der Feind.

Dies sind die Kernfragen. Frieden und Kirche sind die Flaggen des Feindes.

Die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Gesellschaftsordnung wird verneint. Dies sind die Grundfragen.

Sie wollen die sozialistische Gesellschaftsordnung liquidieren, indem sie den "Nachweis" führen, daß die neue Gesellschaftsordnung keine Zukunft hat.

Die ideologische, theoretische Arbeit mit den Menschen muß verstärkt werden.

Auf der Eröffnungsveranstaltung des Parteilehrjahres werde ich grundsätzlich darüber sprechen.

Die Grundfragen des Kapitalismus und des Sozialismus werde ich stellen. Es geht um wirklich ganz große Fragen.

Der Kampf gegen die ideologische Diversion. Der Streit der Ideologien ist die Kardinalfrage.

Dazu kommen solche Dinge, die uns bei aller Einmütigkeit der Auffassungen sogar in unserer Arbeit stören, wie z. B. Äußerungen des Genossen Falin zur "deutschen Frage" und zu "Westberlin", die jetzt in den westlichen Massenmedien veröffentlicht wurden.

Gen. Falin kann ein "großer Theoretiker" sein und im Jahr 2000, wenn ich nicht mehr bin, ist dies vielleicht so. Vielleicht kann er Gen. Gorbatschow gut interpretieren, aber man muß den Ernst der Sache sehen. Jetzt liest unsere Parteiführung diese Äußerungen und fragt sich sofort: "Ist dort etwas im Gange?"

"Macht Gen. Falin das allein?"

Er hat schon einige Male solche Dinge losgelassen. Dies ist ideologische Diversion! Auf die Führung unserer Partei hat dies Auswirkung, wie er sich das selbst nicht vorstellen kann. Noch etwas anderes. Bush kommt nach Polen und wird über das Fernsehen zu der polnischen Bevölkerung sprechen. Ich habe nichts dagegen. Das müssen die polnischen Genossen wissen. Gleichzeitig sagt der Regierungssprecher Urban, daß sich Bush auch mit den oppositionellen Elementen treffen will. Dies hat er kritisch vermerkt. Damit will ich nur zeigen: Wir kämpfen gegen die ideologische Diversion und dort werden die großen ideologischen Diversionbomben losgelassen. Die ganze "Welt" ist voll. Vielleicht ist also doch etwas im Gange? Wenn man eine Lösung machen will, dann muß man doch mit uns sprechen, mit Gen. Honecker und mir. Dann stellen wir uns darauf ein. Solche Probleme kann man auch nicht andeutungsweise bringen. Hier steht die Grundfrage:

Kapitalismus oder Sozialismus!

Wenn es so ist, dann können wir den Sozialismus wieder aufheben. Hier geht es um ganz große Sachen!

Bin einverstanden, daß wir uns darauf konzentrieren müssen, in den Zentren des Feindes zu arbeiten.

Die Charakterisierung dieser feindlichen Elemente als kriminell oder nicht ist völlig uninteressant. Damit überzeugen wir keinen Menschen. Dann denken sie nur, daß dies nur vom KfS so dargestellt wird, um ihn als einen schlechten Menschen zu zeigen. Wir müssen Materialien haben, die beweisen, daß er Verbindung mit dem Feind hat. Wenn er Geld erhält, dann können wir beweisen, daß sie bezahlt werden.

In diese Richtung arbeiten wir. Wir sind überall drin und bearbeiten dies, worüber Sie gesprochen haben.

Seit 1950 wissen wir, daß die ideologische Diversion die gefährlichste Waffe des Feindes ist. Dies ist kein ideologischer Kampf, sondern ausgesprochen subversive Feindtätigkeit, um das strategische Ziel des Imperialismus,

die Liquidierung des Sozialismus,

zu erreichen.

Man muß aufzeigen, daß die Entwicklung sehr widersprüchlich und kompliziert ist.

Z. B. die Lage in Ungarn. Polen habe ich schon angeführt. Wir sprechen auf den Konferenzen darüber. Dies hat aber nur Sinn, wenn das, was beschlossen wird, auch durchgeführt wird.

Oder Bulgarien.

Dort wird der Partei- und Staatsapparat liquidiert. Es gibt nur noch Arbeiterklasse. Man muß die Macht in die Hände der Arbeiterklasse legen. Dabei habe ich mich gefragt, was bin ich eigentlich? Bin ich ein Chef des Geheimdienstes des Zaren? Ich bin doch Proletarier! Für diese Sache habe ich mein Leben eingesetzt.

Für die DDR ist die Lage noch schwieriger. Dort sind Deutsche, hier sind Deutsche. Ich bin kein Chinese und will auch keiner sein. Vorläufig bin ich auf der Position der sowjetischen Freunde und freue mich, daß sich dort große Perspektiven zeigen. Aber die Reise des Gen. Honecker in die BRD hat Auswirkungen. Die Feinde greifen dies auch auf, wie auf der Synode in Görlitz, beim Palme-Friedensmarsch mit entsprechenden Plakaten. Bei uns dauerte dieser Marsch 20 Tage. In anderen Ländern nur 5 Tage. Kohl will auch kommen zu einem "Privatbesuch".

Warum sage ich das. Hier zeigt sich die Auswirkung der ideologischen Diversion. Wenn es vielleicht auch nur 200 sind, aber ich weiß nicht, welche Ausstrahlung sie haben, welche Gedanken sie im Kopf haben. Wenn sie schon nicht unter operativer Kontrolle sind, werden sie weiterarbeiten. Ich bin für die Durchführung der Konferenz, aber nur mit einem klaren Programm.

Ich habe die Rede von Viktor Michailowitsch verfolgt. Auch die Genossen des Politbüros waren über die Rede sehr erfreut.

Ohne daß ich darauf Einfluß genommen habe, hat Gen. Honecker am Dienstag zu Beginn der Sitzung des Politbüros festgelegt, daß diese Rede im "Horizont" - unsere außenpolitische Zeitung - und in der "Einheit" - theoretisches Organ unserer Partei - veröffentlicht wird.

Interessant ist, daß V. Michailowitsch das angesprochen hat, was wir in der letzten Zeit gelesen haben - einschließlich des Artikels in der "Iswestija" vom 18.9.1987 von dem Parteisekretär einer Abteilung des Dinamowerkes. Dies habe ich Gen. Honecker vorgelesen. Der Parteisekretär hat gesagt: "Ich bin kein Anhänger von Stalins Methoden. Aber bei Stalin herrschte Ordnung, Disziplin. Es mußte gearbeitet werden. Wer nicht arbeitete, wurde eingesperrt." Dies wurde in der "Prawda" veröffentlicht: "Lieber einen mehr erschießen, als daß das Regiment nicht richtig marschiert". In seiner "tiefen Seele" hat er schon recht.

Was zeigt sich jetzt. Augenblicklich glaubt der Feind, daß er außerordentliche Möglichkeiten hat, Gruppen, die bisher unter Kontrolle gehalten wurden, zu infiltrieren, mit ihnen Besprechungen abzuhalten, die Taktik festzulegen, zu testen, wie weit man gehen kann. Sie möchten eine "unabhängige Bewegung" schaffen. Sie möchten sich als unabhängiger Partner zur Partei, zur Regierung entwickeln; dann steht die Frage einer selbständigen Partei in Form der "Grünen". Solche "Grüne", wie sie jetzt schon empfangen werden, mit denen auch wir sprechen.

Aber wir als Tschekisten wissen, daß sie die Untergrundarbeit machen. Wir praktizieren ein unterschiedliches Herangehen (Beispiele). Wir zersetzen, infiltrieren, ziehen die positiven Elemente an uns heran. Sie sollen mitarbeiten in ökologischen Gruppen. Auf keinen Fall dürfen sie demonstrieren oder ähnliche Sachen machen. Keine Öffentlichkeitsarbeit.

Wenn sie in der Kirche etwas machen, können wir nicht gleich eingreifen, aber in der Öffentlichkeit haben sie sich an die Verfassung zu halten. Wenn sie eine "Prozession" gemacht haben, so erfolgt dies auf dem Bürgersteig von einer Kirche zur anderen.

Es war ein Zugeständnis unserer "Berliner" Führung.

Wir haben nicht eingegriffen, weil E. Honecker gerade in der BRD war. Trotzdem haben wir ihnen gesagt: "Auf der Straße habt Ihr nichts verloren!"

Die Plakate, die sie beim Palme-Marsch bis Dresden getragen haben, haben wir mit anderen Transparenten zugehängen. Dies haben wir nur gemacht, um nicht die Wirkung der Reise in die BRD zu entkräften und nicht abzulenken von der politischen Bedeutung dieser Reise. Aber diese Großzügigkeit hat als Auftrieb gewirkt, als könnten sie sich dies erlauben.

Die "Grünen", die wir hereingelassen haben, lassen wir nicht wieder herein. Wenn sie sich nicht an die Gesetze halten, können sie in die DDR nicht einreisen. So werden wir dies weiter unter Kontrolle halten. Ihr wollt in Moskau eine Konferenz über Menschenrechte machen. Der Gegner wünscht dies nicht. Er sieht Gefahren. Deshalb muß unsere Parteipolitik so sein, daß wir nicht nachgeben, aber auch diese große Frage nicht stören. Deshalb führen wir gerade jetzt in Dresden den Prozeß gegen den Gestapomann, der an der Ermordung von Juden beteiligt war (lebenslänglich). Dies hat eine große Reaktion gehabt. Über 1.000 Dokumente hat der Staatsanwalt an die BRD gegeben. Dort ist ein Prozeß anhängig. Dazu geben wir auch die ganzen Beweisdokumente. Das machen wir nicht, weil wir besonders mit Israel konform gehen. Aber ich habe Gen. Honecker gesagt, daß wir dabei sehr vorsichtig und klug handeln müssen bezüglich von Schritten gegenüber Israel. Arafat und die anderen Araber fangen an zu fragen, was es bei den sozialistischen Ländern gibt. Sie werden mißtrauisch. Sie verfolgen auch, was die Sowjetunion macht. Jetzt wurde der Aufenthalt Ihrer Delegation in Israel verlängert. Ich bitte, Gen. Krjutschkow zu sagen, daß man sehr vorsichtig sein muß. Die Araber denken darüber nach, eine andere Konzeption gegenüber den sozialistischen Ländern zu erarbeiten. Sie könnten den Terrorismus auf unsere Länder ausdehnen.

Sie überlegen, die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern zu verändern. Dies wirft ganz große Probleme auf. Natürlich habe ich Gen. Honecker gesagt, daß es der Sowjetunion um die Frage von Krieg und Frieden geht. Aber dies muß man gut überlegen. Mit den Ausführungen des Gen. Abramow bin ich völlig einverstanden. Nur eine Bemerkung:

Das sind alles gute Feststellungen. Aber da muß ein ganzer Plan entwickelt werden, wie man dies bekämpfen soll. Mit einzelnen Aktionen, die man natürlich machen muß, ist dies nicht zu erledigen.

Man muß einen grundsätzlichen Plan haben. Die Leute sind doch nicht weg, existieren weiter.

Gen. Abramow: Morgen wird dieser Plan besprochen.

Gen. Mielke: Da werden bestimmte Maßnahmen beschlossen, da werden bestimmte Bedingungen gestellt usw. usf.

Jeder will noch eine Weisheit hinzutun. Zum Schluß kommt aus der ganzen Sache nichts heraus. Da wird gesprochen und eine gute Resolution unterschrieben.

Die Methoden muß man so entwickeln, daß sie die Generallinie der Partei nicht stören. Dies ist wichtig. Es muß die Friedenspolitik unterstützen. Je erfolgreicher die Friedenspolitik ist, umso größer ist der Schlag gegen den Feind. Dies ist die Dialektik der Sache.

Wir dürfen die Hauptfrage nicht aus dem Auge verlieren.

Vielen Dank, was Sie gesagt haben. Aber ich bin voller Sorge, weil dies eine sehr komplizierte Arbeit ist. Da steht immer "sie werden unter Kontrolle gehalten". Ich frage mich immer, wie mag wohl diese "Kontrolle" aussehen. Im Grund steckt dahinter, daß der Verfasser nicht weiß, wie er es machen soll.

Deshalb wird Bobkow morgen auf der Konferenz eine gute Rede halten. Sagen Sie ihm meine Grüße dazu.

Aber wenn er seinen Leuten nicht sagt, was sie machen müssen, dann ist die ganze ideologische Erklärung nichts wert. Alles schön und gut, aber die Genossen an der Basis haben es mit den "Banditen" zu tun. Auch die Reden von Ligatschow und Tschebrikow sowie die letzten Veröffentlichungen in der "Prawda" sind gut. Es war an der Zeit zu sagen, daß die Heiligtümer der Oktoberrevolution nicht mehr angetastet werden dürfen. Wir haben den 70. Jahrestag der Oktoberrevolution. Mein Beitrag zum Parteilehrjahr endet damit. Die Genossen erwarten von Euch im Jahr des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution große Erfolge im Kampf gegen die Feinde.

Man kann nicht vergessen, daß Millionen Sowjetbürger in den Tod gegangen sind mit den Worten "für Stalin" auf den Lippen. Nicht wegen des Personenkults sind sie mit diesen Worten gegen den Feind in den Kampf gegangen.

Personenkult mit allen seinen Begleitumständen darf nicht sein; aber unter dieser Losung will man alles andere angreifen. Unter der Flagge "Stalin" wurden Millionen Sowjetbürger zu Helden. Stalin war die Parteiführung der Partei der Bolschewiken. Als Kommunisten sind sie in den Kampf gegangen. Dies ist die andere Seite des Handelns von Stalin. Er ist es doch nicht allein gewesen. Um ihn herum waren doch Leute. Natürlich hat man ihn herausgehoben. Ich bin erfahren, weiß, wie man dies macht.

Aber andererseits hat der Personenkult eine "Fahne" geschaffen, die dazu führte, daß der Sieg über den Faschismus errungen wurde. Die Tschekisten, die Agenturen der Aufklärung haben unter dieser Fahne hervorragende Informationen beschafft. Sorge, Abel und andere. Jetzt kann man doch nicht anfangen, an diese Fragen primitiv heranzugehen. Dies sind doch keine "Akademiker". So muß man Personenkult analysieren.

Die Dialektik des Lebens ist anders. Ich habe etwas leidenschaftlich gesprochen. Aber meine Genossen haben so zu arbeiten. Die Bekämpfung der ideologischen Diversion ist Sache des gesamten MfS.

Es gibt eine federführende Linie, aber sonst hat jeder gegen die ideologische Diversion zu kämpfen, weil sie überall ist, in Betrieben, Instituten, in der Armee, überall kann sie wirksam werden. Deshalb ist der Kampf auf einer ganz breiten Basis zu führen. Jeder hat wachsam zu sein und die Linie der Partei durchzusetzen. So ist der Kampf gegen die Zentren zu führen. Das bringt Erfolge, Simonow hat sehr gut geschrieben. Aber die Frage des Personenkults hat er auch nicht richtig gebracht.

Ich bin Tschekist, Analytiker. Von dieser Position aus hätte ich Simonow gesagt, "dies hast Du vergessen". Er würde mir recht geben. Simonow hat eine ganze Reihe Wahrheiten geschrieben. Aber diese Sache mit dem Personenkult hat er nicht richtig als Dialektiker gesehen. Er mußte sich nicht von Akademikern, sondern erst einmal von den einfachen Revolutionären etwas erzählen lassen, von den Soldaten der Revolution. Dann wäre er noch etwas klüger geworden.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Grüße an Gen. Tschebrikow. Bin sehr zufrieden, daß er die Fragen so gestellt hat. Dies muß man noch schärfer stellen.

Grüße an Gen. Bobkow. Er muß eine Reihe von Fragen noch schärfer stellen.

Die Frage steht: Wer - wen?! Es steht die Frage: Hat unsere Gesellschaftsordnung die Zukunft, oder nicht!

Wenn man die großen Friedensvorschläge von Gorbatschow nimmt, die "Abschaffung aller Waffen", dann könnten wir den Kommunismus erklären.

Mit dem ganzen Reichtum könnte man die ganze Menschheit sattmachen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Die Konferenz werden wir vorbereiten.

Gen. Abramow: Vielen Dank, Genosse Minister. Wenn Sie nicht mit einer solchen Energie in der Verteidigung Ihrer Ideen aufgetreten wären, hätte ich gedacht, Sie wären nicht Gen. Mielke. Wir kennen Sie und schätzen Sie deshalb.

Ihre Worte werde ich an Gen. V. Micheilowitsch weitergeben.
Auch die Bemerkungen zu Falin. Mit Falin wurde gesprochen.
Er hat kategorisch erklärt, daß er dies nicht gesagt hat.
Nach meiner Rückkehr werden wir dies sofort klären und Sie
informieren.

Was die Veröffentlichung der Rede von Tschebrikow anbetrifft,
nur das, was in der "Prawda" veröffentlicht wurde.

Gen. Mielke: Ich bin doch Tschekist. Das braucht man mir nicht
zu sagen.

Gen. Abramow: In der V. Verwaltung bauen wir den Bereich
Konterpropaganda aus, wo wir unsere Materialien der Staats-
sicherheit auswerten. Diese Abteilung wird weiter verstärkt.
Wir haben die Meinung dazu ausgetauscht, um gemeinsam Material
auszuwerten.